

Gegen die Flexibilisierung



der Arbeitszeit und der Arbeits- verhältnisse

Erklärung der KPD

Unter dem Schlachtruf »Flexibilisierung« verlangen die Unternehmen von uns ArbeiterInnen und unteren Angestellten

- * immer dann zu arbeiten, wann es den Unternehmen paßt,
- * immer dort zu arbeiten, wo es den Unternehmen paßt,
- * entsprechend den häufig wechselnden Bedürfnissen der Unternehmen immer neue Tätigkeiten zu erlernen und auszuüben.

Letzteres wird mit dem Schlagwort »lebenslanges Lernen« versehen und als etwas für uns Positives dargestellt. In Wirklichkeit werden wir mit ständig wechselnden und nicht vorhersehbaren Anforderungen des chaotischen »Marktes« konfrontiert. Die Kapitalisten weisen jedem einzelnen individuell die Verantwortung dafür zu, jeweils das zu können, was auf dem »Markt« verlangt wird. Wir stehen unter der Bedrohung, aus der Produktion aussortiert

und ins Elend gestoßen zu werden, wenn wir diesen Anforderungen des Kapitals – aus welchen Gründen auch immer – nicht gerecht werden können. Und wenn wir es können, beinhaltet eine neue Tätigkeit häufig neuen Streß, Überstunden, wachsende Verfügbarkeit für das Kapital.

Am klarsten zeigt sich dies anhand des Drucks, der auf uns ausgeübt wird, wenn wir arbeitslos werden. Mit der Bedrohung, uns das Arbeitslosengeld zu streichen oder zu kürzen, werden wir zu wesentlich schlechter bezahlter Tätigkeit sowie nach kurzer Zeit zu Umzügen innerhalb des gesamten Bundesgebiets gezwungen. Das ist maximale Flexibilität für das Kapital, und die vom Kapital zu verantwortende Arbeitslosigkeit wird als Peitsche eingesetzt, um die Flexibilität gegen uns durchzusetzen.

Bezüglich der *Arbeitszeit* bedeutet die sogenannte Flexibilität, daß wir immer dann arbeiten bzw. frei haben sollen, wenn es den Unternehmen in den Kram paßt. Dabei werden die Kapitalisten immer hemmungsloser. Wir sollen (häufig auch ganz kurzfristig) immer dann zur Verfügung stehen, wenn es den Notwendigkeiten der Kapitalverwertung gerade entspricht. Unsere Lebensplanung, unsere privaten Interessen, unser soziales Umfeld (Familie, Freundeskreis usw.) interessieren das Kapital einen Dreck. So verkümmern Familien und soziale Beziehungen, verkümmern wir selbst, weil das Kapital uns unter dem Schlachtruf Flexibilisierung rücksichtslos seinen eigenen Rhythmus aufdrückt.

Die KPD verkennt nicht, daß bestimmte Erscheinungsformen der Flexibilisierung wie z.B. Gleitzeit auch Vorteile für ArbeiterInnen und Angestellte beinhalten können. Doch in aller Regel überwiegen die Nachteile, und auch die Vorteile bleiben meist auf dem Papier stehen, solange nicht gegen das Kapital aktiv durchgesetzt wird, daß wir tatsächlich in den Genuß dieser Vorteile kommen.

Unsere Interessen können nur wir selbst vertreten. Wir **müssen** es tun, wir müssen uns gegen die schädlichen Wirkungsweisen kapitalistischer Flexibilisierung zur Wehr setzen, wenn wir nicht zum willenlosen Anhängsel der Kapitalverwertung verkommen wollen, wenn wir uns selbst, unsere Persönlichkeit,

unsere Interessen und Neigungen, unsere Familien und sozialen Bindungen behaupten wollen. Es muß ein Leben außerhalb der Arbeit für das Kapital geben!

Treten wir aktiv und untereinander solidarisch für unsere Interessen ein!



Drastische Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich

Die dringendste Forderung bezüglich der Arbeitszeit besteht in ihrer drastischen Verkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich.

Schon allein die hohe Arbeitslosigkeit setzt drastische Arbeitszeitverkürzung gebieterisch auf die Tagesordnung. Grund der Arbeitslosigkeit ist die steigende Produktivität unter kapitalistischen Bedingungen. Unter dem Kapitalismus kommt die steigende Produktivität unserer eigenen Arbeit uns nicht zugute, sondern führt im Gegenteil zu Entlassungen. Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich ist eines der wirksamsten Mittel, der Arbeitslosigkeit Grenzen zu setzen.

Es kommt hinzu, daß wir durch steigende Arbeitsintensität immer stärker ausgelaugt werden. Wollen wir nicht schon frühzeitig völlig verschlissen werden, brauchen wir eine Reduzierung der Arbeitszeit.

Wir fordern:

- Gesetzliche 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich!
- Maximal 5 Arbeitstage pro Woche, also ein Regelarbeitstag von 6 Stunden!





Gleitzeit

Gleitzeit scheint eine harmlose Form von Flexibilisierung zu sein. Die meisten haben heute Gleitzeit, und wer wollte darauf verzichten?

Doch Gleitzeit ist ein zweischneidiges Schwert: Sie **kann** mehr Zeitsouveränität für uns beinhalten, aber auch verstärkte Ausbeutung sowie einseitig das Unternehmen begünstigende Flexibilität. Die Möglichkeit von Zeitsouveränität bleibt auf dem Papier stehen, wenn man so viel Arbeit hingeschauft bekommt, daß man nicht nach Hause gehen kann. Wollen wir Zeitsouveränität so müssen wir darum kämpfen!

Wir fordern:

- Wirksame Garantie von Zeitsouveränität durch das Recht, spätestens nach 6 Stunden gehen zu können, wenn keine Überstunden angeordnet sind!



Arbeitszeitkonten

Zeitkonten über normale Gleitzeit von maximal 12 auf den nächsten Monat übertragbaren Stunden hinaus lehnen wir ab. Derartige Zeitkonten bedeuten ja gerade Unterordnung unserer Belange unter die Interessen des Kapitals. Sie beinhalten auch, daß Überstunden nicht als solche bezahlt werden.

Wir fordern:

- Maximale Übertragbarkeit von 12 Stunden auf den nächsten Monat im Rahmen der Gleitzeit! Wurden mehr Stunden gearbeitet, sind sie als Überstunden zu behandeln!
- Keine Arbeitszeitkonten über die Gleitzeit hinaus!

Solange das nicht durchgesetzt ist, muß zumindest verhindert werden, daß Zeitguthaben z. B. bei Unternehmenspleiten verfallen. Deshalb:

- Hundertprozentige Sicherung angesparter Arbeitszeit bei Ausgliederung, Besitzwechsel, Betriebsschließung oder Insolvenz! Bei mangelnder Insolvenzmasse Sicherung durch den Staat!



Überstunden. Gesetzliche Höchstarbeitszeit

56 % der abhängig Beschäftigten machten 1999 regelmäßig Überstunden, davon ca. $\frac{1}{3}$ ohne Bezahlung oder Freizeitausgleich, also von den Beschäftigten quasi verschenkt. Die Tendenz ist steigend: 1995 waren es »erst« 45 %. (vgl. Sibylle Raasch, in: Lenz, Waidelich; von Dücker, Reichmann (Hsg.): *Hauptsache Arbeit?* VSA-Verlag 2001, S. 88)

Überstunden rauben uns Kraft und Zeit.

Unbezahlte Überstunden – in welcher Form auch immer – lehnen wir prinzipiell ab. Wir fordern ihr gesetzliches Verbot. Dies beinhaltet das Verbot von außertariflichen Verträgen, welche MitarbeiterInnen im voraus zur Leistung von Überstunden verpflichten. Eine solche Forderung ist wichtig, um der Spaltung von Belegschaften in tariflich und außertariflich Entlohnte entgegenzuwirken.

Wir fordern ferner die **Reduzierung von Überstunden** sowie **50 % ige Überstundenzuschläge** bei Überschreitung des Regelarbeitstages. Die Zuschläge sind in Geld oder, was vorzuziehen ist, in Freizeit zu leisten, also z. B. $1\frac{1}{2}$ Stunden Freizeit für eine Überstunde.

Der Zwang zu Überstunden kann auch dadurch entstehen, daß vorher eine geringere Arbeitszeit als die Regelarbeitszeit angeordnet wurde und die Fehlzeit durch Überstunden ausgeglichen werden muß. Wir wenden uns daher gegen die Anordnung von Arbeitszeiten unterhalb der Regelarbeitszeit.

Wir wenden uns weiter gegen die Zerstückelung des Arbeitstages, da dadurch die zur Verfügung stehende Freizeit zerstückelt wird.

Also:

- Gesetzliches Verbot unbezahlter Überstunden! Auch für außertariflich Beschäftigte! Flächendeckende Kontrollen durch die Gewerbeaufsicht! Hohe Geldbußen für Unternehmen und hohe Strafandrohungen für Unternehmer und Vorgesetzte bei Verstößen!
- Reduzierung bezahlter Überstunden!

- 50%ige Überstundenzuschläge bei Überschreitung des Regelarbeitstags (außer im Rahmen von Gleitzeit), vorzugsweise in zusätzlicher Freizeit! 1 ½ Stunden Freizeit für eine Überstunde! Auch bei Teilzeitbeschäftigten! Zeitlich zusammenhängender Ausgleich nach Arbeit»nehmer«wahl spätestens innerhalb von 8 Wochen!
- Zwecks Beschränkung von Überstunden muß per Gesetz gelten: Ausgehend von der 30-Stunden-Woche an maximal 5 Tagen darf es maximal zwei zuschlagpflichtige Überstunden täglich geben!

Also:

Gesetzliche Festlegung einer maximalen Arbeitszeit von 8 Stunden täglich sowie 40 Stunden pro Woche an maximal 5 Tagen! Keine Ausnahmen! Flächendeckende Kontrollen durch die Gewerbeaufsicht! Hohe Geldbußen für Unternehmen und hohe Strafandrohungen für Unternehmer und Vorgesetzte bei Verstößen!

- Der Unternehmer darf kein Unterschreiten des Regelarbeitstages anordnen!
- Verbot der Zerstückelung des Arbeitstages in mehrere Teile!



Zielvereinbarungen und Vertrauensarbeitszeit

Durch das Mittel der *Zielvereinbarung* will das Kapital uns verpflichten, die von ihm gestellten Aufgaben zu erfüllen, egal wie viel Zeit wir dafür brauchen. Weisen wir darauf hin, daß es zu viele Aufgaben sind, so erklärt man uns für »überfordert«, auf deutsch: für unfähig.

Die Zielvereinbarung ist ein Diktat des Kapitalisten unter dem Schein, das Unternehmen wolle seine MitarbeiterInnen »motivieren«, ihre »Fähigkeiten unter Beweis zu stellen«. Es handelt sich um mitunter feingesponnene Mechanismen, die den recht einfachen und einseitigen Zweck erfüllen, Überstunden durchzusetzen, um zu unseren Lasten den Profit zu mehren.

Der Geschäftsführer der IBM Kuhnle formulierte es ganz unverblümt: »Wir setzen aggressive Ziele. Sie sollen machbar, aber nicht von jedem erreichbar sein.« Keimzelle der Expansion der IBM sei die Mehrleistung der Mitarbeiter. (FAZ vom 21.6.1999).

Wir wollen aber nicht zu Workaholics werden, nur weil das den Kapitalisten so paßt!

Zielvereinbarungen lehnen wir daher ab, und »Vertrauensarbeitszeit« erst recht. Durch »Vertrauensarbeitszeit« wird in aller Form festgeschrieben, daß es den Kapitalisten scheißegal ist, wie lange wir für die Erfüllung der uns von ihnen gestellten Aufgaben arbeiten müssen. Wir sollen so lange arbeiten, bis wir diese Aufgaben erfüllt haben.

Zielvereinbarungen werden bereits in sehr vielen Unternehmen angewandt – Tendenz steigend –, und es ist zu erwarten, daß das Kapital auch das Instrument der Vertrauensarbeitszeit ausweiten will. Wenn wir all dies kampflos hinnehmen, bewegen wir uns in dem vom Kapital aufgestellten Lauftrad nur immer schneller und wird es immer schwieriger, daß wir uns aus diesem Lauftrad befreien.

Wir fordern:

- Keine Zielvereinbarungen!
- Keine Vertrauensarbeitszeit!



Wochenendarbeit

Wir fordern:

- Keine Einführung des Samstags und Sonntags als Normalarbeitstag!
- Einschränkung der Wochenendarbeit!
- Mindestens 35 arbeitsfreie Wochenenden im Jahr!
- Abgeltung von Wochenendarbeit durch zusammenhängende freie Zeit innerhalb der nächsten Woche, und zwar pro geleisteter Stunde eine zusätzliche freie Stunde!



Schichtarbeit

Wir fordern:

- Keine Ausweitung der Schichtarbeit!
- Hohe Zuschläge bei Schichtarbeit, speziell bei Nachtarbeit, vorzugsweise in Form von Freizeit zu gewähren!



Arbeit auf Abruf und Bereitschaftsdienst

Durch Arbeit auf Abruf wird die Planbarkeit der Freizeit eingeschränkt bzw. beseitigt. Durch sogenannten Bereitschaftsdienst wird Arbeit zum Nulltarif erzwungen.

Wir fordern:

- Verbot der Arbeit auf Abruf!

Es ist Sache der Unternehmen, durch bezahlten Bereitschaftsdienst für das Vorhandensein erforderlicher Arbeitskraft zu sorgen.

- Lückenlose Anrechnung von Bereitschaftsdienst als Arbeitszeit!



Job-Sharing

Bei derzeitiger Rechtslage ist eine »freiwillige« Verpflichtung zur Vertretung bei unangemeldeten Abwesenheiten wirksam. Wer aber eine solche Verpflichtung nicht unterschreibt, bekommt den Job nicht. Folglich kann der Kapitalist dem einen bei Abwesenheit des anderen die Verantwortung zuschanzen: Überstunden, Urlaub verschieben, trotz Krankheit arbeiten usw. Das ist nicht hinnehmbar.

Wir fordern:

- Eine Verpflichtung zur Vertretung bei unangemeldeten Abwesenheiten muß unwirksam sein!



Heimarbeit

Heimarbeit, speziell in Form von Tlearbeit, nimmt zu. Der Kapitalist spart einen Teil der Kosten für die Einrichtung des Arbeitsplatzes und erreicht gleichzeitig, daß das zu leistende Arbeitsquantum zählt, nicht die Arbeitszeit, die ja nicht kontrollierbar ist.

Heimarbeit erschwert den gemeinsamen Widerstand gegen die Angriffe der Kapitalisten, da wir dadurch zunehmend zersplittert werden.

Unter den gegenwärtigen Umständen fordern wir trotzdem nicht das generelle Verbot, da Heimarbeit für Eltern mit kleinen Kindern und für Behinderte oft die einzige Möglichkeit ist, Berufsarbeit zu leisten.

Wir fordern:

- Beschränkung von Heimarbeit auf Eltern mit Kindern unter 10 Jahren sowie Behinderte!

Das ist freilich nur eine Notlösung. Wenn genügend Kinderkrippen und behindertengerechte Arbeitsplätze erkämpft sind, ist Heimarbeit auch unter diesem Gesichtspunkt nicht nötig.



Leiharbeit

Leiharbeit behindert uns beim gemeinsamen Eintreten für unsere Interessen, schon allein durch die Wanderbewegung und stets wechselnde Belegschaften. Leiharbeit ist ein Kampfmittel des Kapitals, Arbeitslose zur Annahme von Arbeiten zu miserablen Bedingungen zu zwingen.

Im Zusammenhang mit den Hartz-Gesetzen wurde die Leiharbeit zu einem wesentlichen Instrument des Drucks auf Arbeitslose ausgebaut. Zugleich wurden wichtige Schutzbestimmungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes gestrichen.

Wir fordern:

- Verbot der Leiharbeit!

Solange dieses Verbot nicht durchgesetzt ist, fordern wir:

- Gesetzliche Garantie gleicher Bezahlung, Unwirksamkeit abweichender Tarifverträge!
- Gesetzliche Garantie gleicher Rechte für LeiharbeiterInnen, einschließlich des Rechtes, in der bezahlten Arbeitszeit an Betriebsversammlungen teilzunehmen, sich vom Betriebsrat der Entleihfirma vertreten zu lassen sowie des Rechtes, an Streiks in der Entleihfirma teilzunehmen!
- Gesetzliches Verbot des Einsatzes von LeiharbeiterInnen als Streikbrecher!

- Kein Zwang für Arbeitslose, Leiharbeit zu leisten!
- Keine staatliche Förderung von Leiharbeit!
- Abschaffung der Personalserviceagenturen!

Die im Rahmen der Hartz-Gesetze gestrichenen Schutzbestimmungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes sind wiederherzustellen bzw. wie folgt zu verbessern:

- Begrenzung der Verweildauer bei einem Entleiher auf 12 Monate, Verlängerung nur in begründeten Sonderfällen (wie Vertretung im Falle von Erziehungsurlaub oder längerer Krankheit)!

Will der Entleihbetreiber den Leiharbeiter/die Leiharbeiterin länger beschäftigen, so muß er ihn/sie dann selbst einstellen.

- Keine Abwälzung des Risikos verleihefreier Zeiten auf die Beschäftigten!

Also:

Unwirksamkeit der Befristung eines Leiharbeitsverhältnisses auf die Zeit, für die der Verleiher bereits einen Entleihbetrieb für den Beschäftigten/die Beschäftigte hat!

- Verbot des Hire and Fire von Beschäftigten durch Leiharbeitsunternehmen!

Also:

Kündigt ein Leiharbeitsunternehmen einem/einer bei ihm Beschäftigten betriebsbedingt und stellt es ihn/sie innerhalb von 3 Monaten nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses neu ein, so muß eine weitere betriebsbedingte Entlassung per Gesetz unwirksam sein!



Befristete Arbeitsverhältnisse

Befristete Arbeitsverhältnisse lehnen wir grundsätzlich ab, da sie in der Regel nur dem Kapitalisten nutzen: Mit Fristablauf haben die Betroffenen das Problem, wie sie ihren Lebensunterhalt sichern sollen.

Wir fordern:

- Unwirksamkeit von Befristungen, außer in Fällen typisch saisonbedingter Arbeiten sowie bei Abwesenheitsvertretungen!
- Eine zweimalige Verlängerung eines befristeten Arbeitsvertrages muß als Festanstellung gelten!



Zwangsarbeit für Sozialhilfeempfänger

Zwangsarbeit für Sozialhilfeempfänger ist eine besonders üble Erpressung von Menschen, die das Kapital aussortiert hat, durch eben dieses Kapital.

Wir fordern:

- Keine Zwangsarbeit für Sozialhilfeempfänger!



Teilzeitarbeit

Das Recht auf Teilzeitarbeit begrüßen wir, doch wir wenden uns dagegen, daß jemandem Teilzeitarbeit aufgezwängt wird, der Vollzeitarbeit leisten will.

Wir fordern:

- Bei Einstellungen in Vollzeitverhältnisse bevorzugte Übernahme von Teilzeitkräften, die Vollzeit arbeiten wollen!



Altersteilzeit

Altersteilzeit ist für viele, die einfach nicht mehr arbeiten können, das einzige Mittel, aufzuhören – allerdings unter beträchtlichen finanziellen Einbußen. Auch wird häufig Druck auf Beschäftigte ausgeübt, Altersteilzeit anzumelden. Wenn dies geschieht, müssen wir den betroffenen Kolleginnen und Kollegen den Rücken stärken.

- Ausbau des Kündigungsschutzes für ältere KollegInnen!

Altersteilzeit ist freilich nur ein Notbehelf. Notwendig ist die Herabsetzung des Rentenalters:

- Herabsetzung des Rentenalters für Männer auf 60 und für Frauen auf 55 Jahre!
- Fünf Jahre früher bei Schwerst- und SchichtarbeiterInnen sowie bei Menschen, die Verantwortung für das Leben anderer tragen!
- Fünf Jahre vor Renteneintritt Reduzierung der Arbeitszeit auf 50 % bei vollem Lohnausgleich!

Solange diese Forderungen nicht durchgesetzt sind:

- Rechtsanspruch auf Altersteilzeit!
- Keine Auslaufen des Altersteilzeitgesetzes Ende 2009!



Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse (Mini-Jobs)

Wir fordern:

- Bei geringfügiger Beschäftigung müssen die Unternehmer zu 100% die Sozialversicherung übernehmen!
- Bevorzugte Übernahme geringfügig Beschäftigter in reguläre Arbeitsverhältnisse!



Outsourcing

Outsourcing heißt auf Deutsch ungefähr Auslagerung. Unternehmen übertragen dabei Aufgaben an Fremdfirmen und beschäftigen dafür kein eigenes Personal mehr. Häufig wechseln KollegInnen dabei zur neuen Firma, die manchmal auch eigens neu gegründet wird. Ziel der Kapitalisten ist es dabei, unter Umgehung des Kündigungsschutzes Löhne und Gehälter zu drücken. Oftmals werden KollegInnen auch unter Druck gesetzt, sich einen anderen Arbeitsplatz zu suchen oder Altersteilzeit anzumelden.

Wir fordern!

- Keine Umgehung des Kündigungsschutzes! Verbot betriebsbedingter Kündigungen bei Outsourcing!
- Werden dieselben Beschäftigten durch ein Tochterunternehmen übernommen, dürfen Löhne und Gehälter sowie Arbeitsbedingungen nicht verschlechtert werden!



Freiberufliche Beschäftigungsverhältnisse und »Ich-AGs«

Oft werden ArbeiterInnen und Angestellte genötigt, das Arbeitsverhältnis aufzulösen und als »Freiberufliche« weiterzuarbeiten. Damit will das Kapital die

Kosten für die Sozialversicherung sparen und den Kündigungsschutz beseitigen.

- Keine Umwandlung regulärer Arbeitsverhältnisse in sogenannte freiberufliche Beschäftigung!
- Umwandlung freiberuflicher Arbeitsverhältnisse in reguläre!

Die vom Arbeitsamt geförderte Ich-AG ist ein Betrug. Die Erzielung eines existenzsichernden Einkommens ist in aller Regel nicht möglich. Das Arbeitsamt interessiert sich auch gar nicht dafür, ob dies möglich ist, sondern will nur das Arbeitslosengeld sparen.

- Abschaffung der Ich-AG!



Keine Fluchtmöglichkeit für Unternehmen aus Tarifverträgen

Zunehmend entziehen sich Unternehmen durch Austritt aus dem Flächentarifvertrag der Tarifpflichtigkeit. Deshalb:

- Es muß gesetzlich geregelt sein, daß Flächentarifverträge in jedem Betrieb gelten, unabhängig davon, ob der Betrieb dem Arbeit»geber«verband angehört oder nicht!



Örtliche »Flexibilisierung«

Wir wenden uns dagegen, daß Unternehmen ArbeiterInnen und Angestellte nach ihren Bedürfnissen beliebig im Bundesgebiet hin- und herschieben. Das gilt sowohl für den Druck, der auf Arbeitslose ausgeübt wird als auch für Versetzungen an andere Standorte als auch für ständig wechselnde Einsatzorte. Wir sind keine Maschinen für Kapitalverwertung, sondern Menschen mit Bedürfnissen und sozialen Bindungen!

- Keine Zwangsversetzungen!
- Freie Ortswahl für Arbeitslose!

Wir können im Kampf für diese Forderungen alle Formen nutzen: gesetzliche, tarifvertragliche und individualvertragliche Regelungen, wobei erstere die beste und zweitere die zweitbeste ist. Je kollektiver eine Kampfform, desto höher unsere Kampfkraft.

Die KPD weiß, daß viele der aufgeführten Forderungen in nächster Zeit nicht durchgesetzt werden können, weil unsere Kräfte im Kampf gegen das Kapital noch nicht reichen. Jeder Kampf für Teilforderungen nutzt uns. Die KPD hält es aber für erforderlich, auch langfristige Forderungen aufzustellen, um die Orientierung nicht zu verlieren.

Was wir jeweils durchsetzen können, ist allein eine Frage des Kräfteverhältnisses.

Alle gemeinsam gegen das Kapital!

Flexibilität könnte uns unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen durchaus zum Vorteil gereichen. Nämlich dann, wenn wir nicht gezwungen wären, fremdbestimmte Arbeit für das Kapital zu leisten. Wenn wir ArbeiterInnen und unteren Angestellten kollektiv selbst über Art, Ziel und Umfang der Arbeit und über die Einteilung der Arbeitszeit bestimmen könnten. Schritte in dieser Richtung sind im Sozialismus, der Übergangsgesellschaft zum Kommunismus, möglich. Wir sprechen von einem Sozialismus, der diesen Namen verdient, anders als in der DDR eines Ulbricht oder Honecker oder der Sowjetunion eines Chruschtschow oder Breshnew, in der eine Handvoll entarteter Funktionäre über alles bestimmten.

Durch den von einer kommunistischen Gesellschaft in weitgehender Übereinstimmung mit den Wünschen der Beteiligten *organisierten Wechsel zwischen den ausgeübten Tätigkeiten* wären wir nicht mehr unser Leben lang immer wieder an die gleichen eng begrenzten Teilfunktionen gebunden. Wir könnten in Übereinstimmung mit unseren Wünschen und Neigungen immer wieder neue Fähigkeiten und Fertigkeiten erlernen und anwenden. Dies würde ent-

scheidend dazu beitragen, daß unsere Arbeit schöpferischen Charakter annimmt und Spaß macht.

Es ist die ständige Entwicklung der Technik, die bereits heute, im Kapitalismus, immer häufiger dazu führt, daß Menschen gezwungen sind, neue Tätigkeiten zu erlernen und auszuüben. Heute, unter dem Diktat der Kapitalverwertung und des chaotischen »Marktes«, führt dies für uns zu katastrophalen, existenzbedrohenden Folgen. In einer Gesellschaft, in der nicht das Diktat des größtmöglichen Profits herrscht, in der im Gegenteil die Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen das Ziel alles Wirtschaftens ist, in einer solchen Gesellschaft führt die Entwicklung der Technik dazu, daß die Arbeit immer interessanter werden und Spaß machen kann, daß sie schöpferischen Charakter annimmt, daß körperlich und psychisch zermürende Tätigkeiten entfallen. »Lebenslanges Lernen« – heute ein zynisches Schlagwort, hinter welchem die Existenzbedrohung lauert – wird dann im positiven Sinne zur Realität.

Entsprechendes gilt für die Flexibilität bezüglich der Arbeitszeit:

Starre Arbeitszeiten sind für die KPD alles andere als ein Ideal. Je schöpferischer die Berufsarbeit, desto schlechter läßt sich die Zeit, in der sie ausgeübt wird, in formale Normen pressen. Wer schöpferisch tätig ist und wem die Arbeit Spaß macht, wird nicht damit aufhören, weil eine bestimmte Uhrzeit erreicht ist. Es ist die fremdbestimmte Arbeit, die Lohnsklaverei für das Kapital, die uns heute zwingt, für möglichst exakte Arbeitszeitregelungen zu kämpfen, damit das Kapital uns nicht mit Haut und Haar **seinem** Rhythmus einverleibt. Wenn wir aber in hohem Maße selbst über unseren Arbeitsrhythmus bestimmen können, nützt Flexibilität uns, verschafft sie uns Zeitsouveränität.

Zwar wird es auch in einer solchen Gesellschaft Arbeiten geben, die zu einem bestimmten Zeitpunkt bzw. in einer bestimmten Zeitspanne erledigt werden müssen. Doch die *gesellschaftliche Organisation* des Arbeitsprozesses wird es ermöglichen, verhältnismäßig lange im Vorfeld Regelungen über Freizeit und Arbeitszeit zu treffen. Die ProduzentInnen können somit lange im voraus über

ihre freie Zeit disponieren, und ihre Wünsche bezüglich der Lage dieser freien Zeit können in hohem Maße berücksichtigt werden.

Insbesondere wird der technische Fortschritt in einer solchen Gesellschaft zur drastischen Verringerung der Arbeitszeit für alle führen statt zur Produktion von Arbeitslosigkeit.

Frankfurt am Main,
April 2004



V.i.S.d.P.: W. J. Herzog, Verlag RM, Postfach 900753, 60447 Frankfurt

Jetzt bestellen:

- Das kostenlose Infopaket der KPD.
- Abonnement »Roter Morgen«, 12 Ausgaben für 20 Euro.
- Ermäßigtes Abonnement (für Arbeitslose, Auszubildende, Schüler, und Studenten) »Roter Morgen«, 12 Ausgaben für 14 Euro.

- Ich möchte die KPD kennenlernen und bitte um ein unverbindliches Gespräch.
- Ich möchte die KPD unterstützen.

Name Vorname

Straße

PLZ, Wohnort

e-mail

Bitte ausschneiden und einsenden an:
Verlag Roter Morgen, Postfach 900753, 60447 Frankfurt am Main



Kontakt zur KPD:
Verlag Roter Morgen,
Postfach 900 753,
60447 Frankfurt am Main
Tel.: (0 69) 97 07 10 25
e-mail: info@kpd-online.info

www.kpd-online.info